

# Um eine sozialistische Kolonialpolitik

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335985>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

J. W. BRÜGEL (London)

## *Um eine sozialistische Kolonialpolitik*

Die Frage der Kolonialvölker ist eine Schicksalsfrage für die Zukunft des internationalen Sozialismus, der bis heute leider im Wesen doch nur eine europäische Bewegung geblieben ist. Der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab ist nicht möglich, ehe nicht zumindest ein großer Teil der heute noch nicht zur staatlichen Selbständigkeit gelangten Kolonialvölker von der Gedankenwelt der sozialistischen Bewegung erfaßt und so aus einem potentiellen zu einem aktiven Verbündeten der europäischen Arbeitermassen wird. Aber der einzige Weg, die Kolonialvölker für den Sozialismus zu gewinnen, führt über eine zielbewußte, energische und konsequente sozialistische Kolonialpolitik jener Arbeiterparteien, deren Länder Kolonien verwalten. Das ist natürlich in erster Linie die britische Labour Party, die seit der Übernahme der Regierung im Jahre 1945 die Verantwortung für das größte Kolonialreich der Welt trägt.

Ist sie sich der Größe dieser Verantwortung bewußt? Hat sie es zuwege gebracht, die Kolonialverwaltung mit jenem Geist der sozialen und humanitären Demokratie zu erfüllen, die der Leitstern jeder Arbeiterbewegung sein muß? Die Frage kann nicht so ohne weiteres mit Ja oder Nein beantwortet werden. Ein festgefügttes, starres Aktionsprogramm für die Kolonialpolitik hat die Arbeiterpartei nicht, aber schließlich hat Großbritannien auch keine geschriebene Verfassung, und man kommt auch so ganz gut aus, beziehungsweise es wäre kaum um etwas besser bestellt, wenn man eine geschriebene Verfassung hätte. Daß die aufstrebende Arbeiterbewegung eines Landes, das einen großen Teil seines Reichtums der kolonialen Ausbeutung verdankt und das vor nicht allzu langer Zeit noch mit Recht imperialistischer Tendenzen

geziehen werden konnte, daß die britische Arbeiterbewegung seit jeher dem Kolonialproblem große Aufmerksamkeit zugewendet hat, versteht sich von selbst. Entsprechend den vorwiegend religiösen, man möchte fast sagen messianistischen Wurzeln, denen die britische Arbeiterbewegung entsprungen ist, war die ursprüngliche Haltung zum Kolonialproblem eine unbedingt ablehnende, eine die Ausbeutung primitiver Völker durch den englischen Imperialismus verwerfende und den Kolonialvölkern die Freiheit für den Tag verheißende, da der Sozialismus in England zur Macht gelangt. Je stärker sich die Labour Party von der Sekte zur Massenbewegung aufwärts entwickelte und je mehr Verantwortung sie auf ihre Schultern nahm, Verantwortung zunächst für das Schicksal der britischen Arbeiterklasse und dann für das Schicksal des ganzen Landes, desto mehr machten diese naiv-idealistischen Auffassungen anderen Raum, die mehr aus dem Leben geschöpft und den Realitäten des Tages angepaßt waren. Wenn das auch nirgends ausgesprochen wurde, begannen es die Arbeiter doch zu fühlen, daß sie, so traurig und beschämend es ist, ein materielles Interesse an der Aufrechterhaltung eines gewissen Maßes kolonialer Ausbeutung haben. Hätte man vor einigen Jahren den englischen Arbeitern die Frage vorgelegt: «Sollen unsere indischen Brüder die Freiheit erhalten?», ein millionenfaches Ja wäre die Antwort gewesen. Aber wie hätte die Antwort gelautet, wenn man die gleiche Frage einigermaßen anders formuliert hätte, etwa: «Seid ihr dafür, daß der Tee teurer wird?!» Es wäre kurzsichtig und unmarxistisch, den englischen Arbeitern für diesen Standpunkt, den sie mehr im Unterbewußtsein gefühlt als öffentlich erklärt hatten, Egoismus vorzuwerfen. Ein Sinken des Lebensniveaus in England ist nicht im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung gelegen und schon gar nicht im Interesse der Kolonialvölker, die mit einer plötzlich gewonnenen Freiheit meist nicht viel anzufangen wüßten und viel mehr für ihre Zukunft von einem weiteren Erstarren der organisierten Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern, vor allem in England und Frankreich, erwarten können. Das Problem präsentiert sich also heute in der Aufgabe der stufenweisen Emanzipierung der Kolonialvölker, der ständigen Erweiterung der ihnen zur Selbstregierung und Selbstverwaltung überlassenen Sphären, der Unterstützung alles dessen, was die heute noch abhängigen Völker reif zur freien Entscheidung über ihre Geschicke macht: bessere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, Beseitigung der heute noch bestehenden rassischen Diskrimination, Schaffung neuer Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten.

Auch der Sozialist, der in seinem Urteil jede Bedachtnahme auf die unmittelbaren Interessen der englischen (und französischen) Arbeiter auszu-

schalten bereit ist<sup>1</sup>, muß sich heute zu dem Grundsatz der graduellen Emanzipierung der Kolonialvölker bekennen. Es wäre kein Schritt vorwärts, wollte man einzelne Kolonialvölker aus den Händen einer im Wesen doch fortschrittlichen oder mindestens verbesserungsfähigen britischen Verwaltung weg irgendwelchen despotischen Stammesführern oder der Rücksichtslosigkeit einer aufstrebenden jungen Bourgeoisie überantworten. Auch die Verwirklichung einer hundertprozentigen parlamentarischen Demokratie in gewissen Kolonien müßte heute ebenso in Chaos enden wie ein Versuch, sagen wir, in Rumänien oder Bulgarien, in Ländern ohne jede demokratische Tradition, demokratische Institutionen im westlichen Sinn aufzurichten. In dieser Welt ist alles relativ: die völlige Freiheit vom englischen Mutterland, die sich im Dominionstatus von Südafrika ausdrückt, hat die Aufrechterhaltung einer «Farbenschränke» nicht nur gegen Neger, sondern auch gegen Inder ermöglicht, die längst abgebaut worden wäre, wenn die Labour Party auf den Gang der Dinge Einfluß nehmen könnte. So mußte sie tatenlos zusehen, als Südafrika von Indien vor dem Forum der Vereinten Nationen der Diskriminierung der Inder beschuldigt wurde. Die Rückziehung der britischen Truppen aus Indien und die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für 400 Millionen Inder ist vielleicht jene Entscheidung der britischen Arbeiterregierung, die die künftigen Geschichtsbücher am häufigsten erwähnen und am lautesten preisen werden. Wissen wir aber heute, da wir schauernde Zeugen des Gemetzels in Indien sind, dem Hunderttausende unschuldiger Menschen zum Opfer fielen und dessen Ende man nicht absehen kann, ob nicht Millionen Inder die Labourregierung für eben diese Entscheidung einmal verfluchen werden? Sei dem wie immer, das Verdienst englischer Sozialisten, wie Harold Laski und H. N. Brailsford, um die Befreiung Indiens wird ebenso wie das Verdienst französischer Sozialisten, wie Léon Blum und Marius Moutet, um die Befreiung Indochinas für immer einen Aktivposten der internationalen Arbeiterbewegung bleiben, und die Kolonialvölker werden der politischen und publizistischen Hilfe europäischer Sozialisten in ihrem Emanzipationskampf noch lange nicht entraten können.

Das Prinzip der stufenweisen Lösung des Kolonialproblems ist aber ein sehr dehnbares und birgt daher die Gefahr in sich, daß eine Bürokratie, die von Natur aus immer dazu neigt, sich einer Minderung ihrer Macht zu widersetzen, fällige Reformen unter dem Hinweis darauf hinauszuschieben vermag, daß die Kolonialvölker «dazu noch nicht reif sind». Hier muß die sozia-

---

<sup>1</sup> Es würde zu weit führen, in diesem Zusammenhang auch die ideologische Position der belgischen und holländischen Sozialisten zu besprechen, obwohl das im Hinblick auf den Abschluß des Westpaktcs verlockend wäre.

listische Kritik einsetzen, in jedem einzelnen Fall die Stichhaltigkeit des Arguments prüfen und vor allem festzustellen trachten, ob auch genug geschehen ist und geschieht, um dem Zustand der mangelnden Reife der Kolonialvölker zu überwinden. Nach dieser Richtung ist das Colonial Bureau der Fabian Society unter der Leitung von Dr. Rita Hinden unermüdlich tätig, und die konstruktive Kritik dieser Organisation, die sich die Durchdringung der Kolonialpolitik mit sozialistischen Grundsätzen zum Ziel gesetzt hat, hat schon reiche Früchte getragen. Arthur Creech-Jones, der gegenwärtige Kolonialminister, ist selbst aus diesem Kreis hervorgegangen, und er mußte es sich auch schon gefallen lassen, daß man die programmatischen Forderungen, die er als Vorsitzender des Colonial Bureau ausgesprochen hatte, den Taten des Kolonialministeriums entgegengehalten hat <sup>2</sup>.

Drei von den fünf Jahren, die der Regierung Attlee zubemessen sind — falls die Neuwahlen sie im Jahre 1950 nicht im Amt bestätigen sollten —, sind verstrichen, und das Gesicht der Welt hat sich inzwischen stark verändert, nicht zuletzt auch durch ihr Zutun. Indien ist frei geworden; ob die beiden Dominions Indien und Pakistan auch nur im losen Verband des British Commonwealth of Nations verbleiben werden, der sie heute noch mit Großbritannien verknüpft, ist unbestimmt. Wahrscheinlich werden zum Schluß wirtschaftliche Erwägungen entscheiden. Auch die sprichwörtliche Treue Australiens und Neuseelands zum Mutterland ist nicht so sehr auf sentimentale Regungen als auf sehr handfeste wirtschaftliche Vorteile — einen gesicherten Absatzmarkt für alle Produkte — gegründet. (Die sentimental Gefühle sind sozusagen der ideologische Überbau, die ökonomischen Tatsachen das Fundament.) Die britischen Truppen haben Aegypten verlassen, sie sind daran, Palästina zu räumen — das britische Versagen in Palästina gehört nicht ins Kapitel der Kolonialpolitik. Burma (17 Millionen Einwohner) ist heuer ein vollkommen freier Staat geworden, Ceylon (5,75 Millionen) ein Dominion, das sich selbst regiert. Die Insel Malta hat Autonomie erhalten und wird von einer Arbeiterregierung verwaltet. Man mag anführen, daß Großbritanniens Kraft ohnehin nicht mehr hingereicht hätte, alle diese Länder in der alten Botmäßigkeit zu erhalten, und daß es daher nur bedeute, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, wenn man ihnen die Freiheit «gibt». Die so sprechen, vergessen die lärmende Opposition der Konservativen, die in

---

<sup>2</sup> In Frankreich hat man übrigens das diskreditierte Wort «Kolonie» ausgemerzt. Das Kolonialministerium heißt jetzt «Ministère de la France d'Outre Mer», die Kolonien sind Bestandteile der «Union Française». (Algier wurde schon vor dem Krieg als Teil von Frankreich und nicht als Kolonie verwaltet.) Die Charta der Vereinten Nationen spricht von «sich nicht selbst regierenden Territorien».

pathetischen Appellen Churchills an die «nationale Ehre» des englischen Volkes zum Protest gegen die «unpatriotische» Verzichtspolitik der Arbeiterregierung ruft. Wenn sie sich dieser Opposition erwehren will, gebraucht die Labourregierung natürlich auch das Argument des gesunden Menschenverstandes, das vor einer nutzlosen Vergeudung von Kräften warnt; das mindert aber nicht die Entschlossenheit der Arbeiterpartei, den übernommenen Schutt auf Grund ihrer traditionell antiimperialistischen Einstellung wegzuräumen. Dafür sprechen auch die in allen Kolonien unternommenen Versuche, im Wege von Verfassungsreformen den Weg zur Selbstregierung zu ebnen und ihre Erlangung zu beschleunigen. Die Schaffung der malayischen Union aus den neun bisher von Sultanen autokratisch regierten malayischen Staaten ist ein wichtiger Schritt auf diesem Gebiet, Nigeria (20 Millionen Einwohner) und die Goldküste haben zum erstenmal gesetzgebende Körperschaften, in denen die Einheimischen die Mehrheit haben. Noch bestehende Maßnahmen zur Diskriminierung der Neger werden sukzessive beseitigt, meist gegen den Widerstand der weißen Siedler. Vielfach müssen aber erst die Voraussetzungen für die Selbstverwaltung durch Heranbildung eines Kadets von Administratoren geschaffen werden. Das bezieht sich sowohl auf den Kolonialdienst als auch auf die Selbstverwaltung der Kolonialvölker. In steigendem Maße sollen Angehörige dieser Völker in den Kolonialdienst aufgenommen und ihnen Aufstiegsmöglichkeiten auf der gleichen Basis wie den Europäern geboten werden. (In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß in der Abteilung des Sekretariates der Vereinten Nationen in Lake Success, die sich mit Kolonialfragen beschäftigt, heute schon Neger aus den britischen Kolonien in Afrika als Beamte arbeiten.)

Fast noch wichtiger als die Reformen verfassungsrechtlicher Natur sind die Bemühungen nach Erhöhung des Lebensstandards der Kolonialvölker. Einen gewissen Schutz gegen die Ausbeutung durch das Mutterland bietet das von den kapitalistischen Kreisen heftig angefeindete System der Bauschkäufe der Kolonialprodukte. Bessere Erziehungsmöglichkeiten, Hochschulbildung eingeschlossen, sind fast überall auf dem Wege, hauptsächlich in Afrika und den westindischen Inseln. Die Zahl der Studenten aus den Kolonien, die britische Hochschulen besuchen, ist im Ansteigen begriffen: gegenwärtig beträgt sie über 3200 (gegen 80 im Jahre 1941), davon haben 1500 ein Stipendium der Regierung. Von England aus erfahren Bestrebungen zur Schaffung von Gewerkschaftsorganisationen der Kolonialvölker jede nur mögliche Unterstützung. Viel wird dazu getan, das Gesundheitsniveau in den vielfach epidemieverseuchten Kolonien zu heben — in Kenya entfällt zum Beispiel immer noch erst auf 60 000 Einwohner ein Amtsarzt! Ein Programm



zur planmäßigen Ausgestaltung der Wirtschaftskräfte wird jetzt fast in allen Kolonien durchberaten, natürlich unter Teilnahme der Vertreter der einheimischen Bevölkerung. Verhandlungen zwischen Großbritannien und Frankreich haben zu einem Beschluß über Koordinierung der Ausbaupläne in den britischen und französischen Kolonien in Afrika geführt; hier sehen wir die ersten begrüßenswerten Ansätze zu einer Internationalisierung des Kolonialproblems, wie sie auch Bevin im Rahmen der Westunion vorschwebt. Die Finanzierung der planwirtschaftlichen Maßnahmen in den britischen Kolonien erfolgt größtenteils von England aus, zum erstenmal ohne die Bedingung, daß sich die Investitionen als unmittelbar rentabel für das Mutterland erweisen müssen. Hier kommt der moderne Charakter der Kolonialpolitik, für die die britische Arbeiterregierung verantwortlich ist, am stärksten zum Ausdruck, denn wenn die Kolonien auch jahrhundertlang vernachlässigt und als Ausbeutungsobjekte mißbraucht wurden, muß man doch zugeben, daß schon vor dem Regierungsantritt der Labour Party vieles besser geworden war, wenn auch hauptsächlich auf Grund der ständigen Kritik der aufsteigenden Arbeiterbewegung an der Kolonialverwaltung. Vieles, was geschieht, ist nur die Verwirklichung alter Projekte, und eine beschleunigte Verwirklichung dazu. Der Typus des bössartigen Kolonialbeamten dürfte schon ausgestorben sein. Heute hat man es meist mit gleichgültigen zu tun, die das ihnen anvertraute Gebiet ohne jede Tendenz administrieren. Die große Aufgabe der sozialistischen Kolonialpolitik ist nun — und darin liegt der grundsätzliche Unterschied zur früheren Auffassung —, sie für eine Methode der Verwaltung zu gewinnen und neue Kräfte im Sinne dieser Methode zu schulen, die die Wohlfahrt der Kolonialvölker als die wichtigste und primärste ihrer Pflichten betrachten.

Ein großes Projekt ist noch im Werden begriffen: der Aufbau der Tätigkeit einer von Großbritannien finanzierten öffentlichen Korporation, die sich die Gewinnung von zusätzlichen Fettstoffen aus Grundnüssen in Afrika zur Aufgabe gesetzt hat. Die Triebfeder zu dieser Gründung sind zwei ganz verschiedene Tendenzen, die sich aber nicht überschneiden: das Bestreben nach Erhöhung der Fettproduktion bei gleichzeitiger Einsparung von Dollars, und das Bestreben nach Verbesserung des Lebensniveaus der Kolonialvölker. Wenn man weiß, daß zum Beispiel im Rahmen dieses Plans neue Musterdörfer für Neger angelegt werden sollen, dann sieht man gleich, welche gewaltige Möglichkeiten sich hier für eine angewandte sozialistische Kolonialpolitik ergeben.

«Die heutige britische Kolonialpolitik ist dynamisch und einfallreich, sie schafft eine soziale Demokratie, sie gewährt den bedürftigen Ländern jede nur mögliche finanzielle und technische Hilfe. Die ständige parlamentarische Kontrolle unterliegende britische Regierung ist fortschrittlich und

wünscht, unterstützt von der liberalen und progressiven öffentlichen Meinung, die Aufwärtsentwicklung der Kolonialvölker.» Diese stolzen Worte gebrauchte Kolonialminister Creech-Jones im Vorjahr, und sie werden von den hier angeführten Tatsachen sicher gerechtfertigt. Trotzdem ist auf diesem Gebiete «genug» nie genug, zumal viele der besten Absichten noch auf dem Papier geblieben und nicht ins Bewußtsein der Kolonialvölker gedrungen sind. Trotzdem ist noch ein weiter Weg zu dem Ziel, das sich die Labour Party gesetzt hat: das britische Weltreich umzugestalten zu einem Bund freier Nationen. Nur der Sozialismus kann es verwirklichen.

ALFRED MICHAELIS

## *Die Arbeiterbewegung in Schweden*

Göteborg, Ende Mai 1948.

Eine jener günstigen Voraussetzungen, die der schwedischen Arbeiterbewegung ihre bedeutenden Erfolge ermöglichten, ist die seit jeher bestehende Einheit der Gewerkschaftsbewegung und ihre enge, gedeihliche Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Gemäß einer EntschlieÙung, die der skandinavische Arbeiterkongreß im Jahre 1897 angenommen hatte, wurde unmittelbar danach auf dem Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie beschlossen, daß die Gewerkschaftsgruppen sich in einer einheitlichen Zentralorganisation zusammenschließen und eine enge Verbundenheit zwischen dieser und der Partei herzustellen sei. Ein beträchtlicher Teil der schwedischen Arbeiter war zu jener Zeit jedoch nicht in dem Maße sozialistisch orientiert, um eine derartige Maßnahme gutheißen zu können. Die bürgerlich-liberal eingestellten Mitglieder erhoben entschiedenen Widerspruch und forderten parteipolitisch neutrale Gewerkschaften, während von der Partei energisch geltend gemacht wurde, daß ihr ein entscheidender Anteil an den gewerkschaftlichen Erfolgen gebühre und sie nicht gewillt sei, auf den politischen Einfluß zu verzichten, den sie sich auf Grund enormer Arbeit und Opfer in den Gewerkschaften erworben habe.

Die ersten lokalen Gewerkschaftsgruppen waren im 1870er Jahrzehnt entstanden; es dauerte jedoch noch ein Jahrzehnt, bis die gewerkschaftliche Idee sich wirklich durchsetzte und sich die ersten landesumfassenden Fachorganisationen — 1896 — bildeten. Im gleichen Zeitabschnitt entstand auch die sozialdemokratische Parteiorganisation. Der erste Organisator der schwedischen Sozialdemokratie, der Schneider *August Palm*, war während seiner Wanderjahre in Deutschland und Dänemark mit den sozialistischen Lehren bekannt geworden, hatte im Jahre 1881 die ersten sozialistischen Vorträge in schwedischen Arbeiterkreisen gehalten und in der Folge verschiedene Ortsvereine gegründet; doch erst im Jahre 1889 erfolgte der konstituierende Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Unter der energischen und klugen Führung *Hjalmar Brantings*